

15. März bis 29. Juli 2019

DOKUMENTATION

ANKERZENTREN

TOUR

Mit den Abgeordneten

Gülseren Demirel

Jürgen Mistol

Kerstin Celina

Eva Lettenbauer

Barbara Fuchs

Verena Osgyan

Johannes Becher

Toni Schuberl

Ursula Sowa

Paul Knoblach

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN



INHALT

1. Vorwort	Seite 03
2. Ankerzentren/Stationen	Seite 04
15.03.19 Schweinfurt	Seite 04
22.03.19 Donauwörth	Seite 06
05.04.19 Manching	Seite 08
12.04.19 Deggendorf	Seite 09
03.05.19 Regensburg	Seite 11
07.06.19 Bamberg	Seite 12
29.07.19 Zirndorf	Seite 13
3. Bildergalerie	Seite 14
4. Zusammenfassung der Kontrollbesuche in Bayerischen Ankerzentren	Seite 21
5. Pressepapier	Seite 25
6. Dringlichkeitsantrag	Seite 28



VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. August 2018 wurden bayernweit so genannte ANKER-Einrichtungen eingeführt. Bei meiner sogenannten ANKER-Zentren-Tour habe ich mir die großen und problembehafteten Sammelunterkünfte für Asylbewerber und Asylbewerberinnen ganz genau angesehen. Ich bin mit meinem Team und den Abgeordneten Kerstin Celina, Jürgen Mistol und Paul Knobloch durch die verschiedenen Bezirke gereist und stand im Austausch mit Betroffenen, mit Sicherheitskräften und Helferinnen und Helfern aller Art. Als asylpolitische Sprecherin im Bayerischen Landtag war es mir ein großes Anliegen, mir selbst ein Bild zu machen von den mancherorts katastrophalen Lebensbedingungen für Geflüchtete.

Die Erkenntnisse aus meiner Informationstour und die Forderungen der Landtags-Grünen für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in Bayern fasse ich mit dieser Dokumentation zusammen. Die bildhaften Eindrücke werden mir helfen, weiterhin für unsere Forderungen einzustehen. Unter anderem werde ich diese im Rahmen einer Pressekonferenz am 30. Juli vorstellen und über die Erfahrungen berichten, die ich in der Zeit vom 15. März bis 29. Juli machen durfte.

Mit freundlichen Grüßen,



Gülseren Demirel
Schriftführerin des Präsidiums,
Sprecherin für Integration, Asyl und
Flucht und Vertriebenenpolitik

STATIONEN

1. 15. März 2019 | Schweinfurt

Samstag, 16. März 2019 - Nr. 64

Ankerzentren: Ruf nach mehr Unterstützung

Grüne erkunden, warum Ehrenamtliche
und Wohlfahrtsverbände unzufrieden sind

Von JOSEF SCHÄFER

SCHWEINFURT Wenn Flüchtlinge nach Bayern kommen, werden sie zunächst in einem der Ankerzentren untergebracht. In jedem Bezirk gibt es solch eine Aufnahmeeinrichtung. Die unterfränkische ist derzeit noch in einer ehemaligen Kaserne der US-Army in Schweinfurt untergebracht. Die Grünen lehnen Ankerzentren grundsätzlich ab und haben diese Woche einen Dringlichkeitsantrag in den Landtag eingebracht, sie wieder in Erstaufnahmeeinrichtungen umzuwandeln. Sie sehen Rechte von Flüchtlingen verletzt, was vor allem zu lange Verweildauer, schwierige Kinderbetreuung und geringe Integrationschancen anbelangt.

Diakonie zahlt Teil der Kosten

Abgeordnete der Partei besuchen derzeit alle bayerischen Zentren. In Schweinfurt sprachen Paul Knoblach, Kerstin Celina und Gülsüren Demirel am Freitag mit Vertretern von Wohlfahrtsorganisationen, ehrenamtlichen und kirchlichen Initiativen, Ärzten sowie Abgesandten des Bundesamtes für Migration. Abgesehen von den Behördenvertretern klagten alle über eine mangelnde staatliche und finanzielle Unterstützung für die Betreuung der Flüchtlinge und deren Integration. Jochen Keßler-Rosa wies darauf hin, dass die Diakonie 30 Prozent ihrer Personalkosten und die Sachkosten selbst aufbringen müsse.

Ähnlich argumentierten auch Hannah Zanker und Miriam Christoph vom Projekt „Soultalk“, das sich um die psychische Betreuung von Flüchtlingen kümmert. 250.000 Euro investierten die Erlöseschwestern aus eigenen Mitteln in diese Arbeit. Dem preisgekrönten Projekt drohe das finanzielle Aus. Jutta Münch (Caritas) drückte die Befürchtung aus, dass beim anstehenden Umzug des Ankerzentrums in die ehemalige Conn-Kaserne bei Geldersheim (Lkr. Schweinfurt) zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung wegfallen.

Flüchtlinge unter Anspannung

Wie Psychologin Zanker sagte, leiden 80 bis 90 Prozent der Flüchtlinge im Ankerzentrum unter Schlafstörungen. Jutta Münch führt das auf

schlechte Bleibeperspektiven zurück. Dies führe zu Aggressionen und Depressionen. Angst und Anspannung wegen der offenen Zukunft haben bei den Betroffenen deutlich zugenommen, erklärte Psychologin Zanker. Sie führt es auf die erfolgreiche Arbeit der Psychologen und Ärzte zurück, dass es in Schweinfurt erst zu einem Suizid gekommen sei. Meistens schaffe man es, Selbsttötungsabsichten zu erkennen. Doch das gelinge nur, wenn man die Betroffenen in ihrer Muttersprache ansprechen kann, weil sie sich sonst nicht offenbarten.

Die psychischen Belastungen teilen auch die ehrenamtlichen Helfer, die sich um Flüchtlinge kümmern, und benötigen selbst Unterstützung, sagte Andrea Slesinski.

Integration als Aufgabe

Die seelische Stabilität eines jeden Einzelnen herzustellen, sei eine vordringliche Aufgabe. Auch aus wirtschaftlicher Sicht: schließlich sollen 30 Prozent der Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt integriert werden. Miriam Christoph bezeichnete es als gesellschaftliche Aufgabe, erfolgreiche Integrationsarbeit zu leisten. Sie könne aber keinen politischen Willen dazu erkennen.

Die Grünen wollen die Verweildauer der Geflüchteten in Ankerzentren auf drei Monate verkürzen. Sie kenne Personen, die schon zwei Jahre dort seien, sagte Gülsüren Demirel. Auch Keßler-Rosa bestätigte das. In Schweinfurt gebe es 150 Asylsuchende, die länger als ein halbes Jahr in der Einrichtung lebten.

Peter Immler (Bundesamt für Migration) sagte, dass man die Verweildauer auf maximal 24 Monate beschränken wolle.



Flüchtlingskinder in Ankerzentren brauchen zusätzliche Hilfe, argumentieren Wohlfahrtsverbände.

FOTO: ANAND ANDERS



Pressebericht Online

www.mainpost.de



Innenministerium: Ankerzentrum schließt definitiv 2019



Im Ankerzentrum Donauwörth leben aktuell etwa 800 Asylsuchende. Ende 2019 soll die Einrichtung auf dem Schellenberg geschlossen und an anderer Stelle weitergeführt werden.

Bild: Manuel Wenzel



Pressebericht Online
www.augsburger-allgemeine.de



Grüne sehen Recht auf Bildung verletzt

Donaukurier 06.04.2019

Landtagsabgeordnete besuchen Ankerzentrum Manching und üben Kritik an Zuständen

Von Michael Brandl

Ingolstadt (DK) - Die Landtagsabgeordneten der Grünen, Gülseren Demirel und Johannes Becher besuchten am Freitag das Ankerzentrum Manching/Ingolstadt, um sich ein Bild von der Aufnahmestelle für Asylbewerber zu machen. Anschließend äußerten sie in einem Gespräch reichlich Kritik an den Zuständen vor Ort.

Allem voran sah Demirel das Recht von Kindern und Familien auf Bildung in der Einrichtung auf dem Gelände der ehemaligen Max-Immelmann-Kaserne verletzt. Demnach dürften die Kinder nach sechs Monaten Aufenthalt keine öffentliche Schule besuchen und würden von der ersten bis zur vierten Klasse von nur einer Lehrkraft auf dem Gelände unterrichtet. Dieses Vorgehen sei nicht geeignet, die Integration zu fördern und in Kontakt mit der Gesellschaft zu treten, so die Politikerin, die zugleich Sprecherin ihrer Partei für Integration, Asyl und Flucht ist. Sie bemängelte zudem, dass die Alltagsgestaltung für die Asylsuchenden nur unzureichend selbst durchgeführt werden könne. So sei es den Leuten nicht möglich, selbst Tee oder Essen zu kochen. Demirel und Becher - er ist Sprecher für kommunale Fragen und frühkindliche Bildung in der Fraktion der Grünen - besuchten bereits die Ankerzentren in Fürstenfeldbruck, Donauwörth und Schweinfurt. Weitere Visiten werden folgen, wie beide ankündigten. Festgestellt hätten sie während der Aufenthalte, dass es in den verschiedenen Regierungsbezirken offenbar unterschiedliche Regelungen bezüglich des Brandschutzes gebe. So dürften die Bewohner in Oberstimm wegen der Sicherheitsbestimmungen die Türen zu den Zimmern nicht absperren, während dies woanders möglich sei - für Demirel nicht nachvollziehbar, wie sie betonte. Zugleich gab sie zu

bedenken, dass diese Vorgehensweise beispielsweise bei traumatisierten Bewohnern das persönliche Sicherheitsgefühl einschränken könne. Auch die Länge der Aufenthaltsdauer führte sie als Kritikpunkt an. Demnach gebe es Familien, die seit über einem Jahr im Ankerzentrum lebten. Sie wolle sich deshalb für eine schnellere Verlegung von Familien mit Kindern einsetzen und dazu eine Anhörung im Landtag beantragen.

"Diese Menschen gehören in das soziale Bild der Stadt, sie sind Teil der Gesellschaft", ergänzte Becher und befürwortete ebenfalls den Besuch einer öffentlichen Schule für Kinder im schulpflichtigen Alter, was seines Erachtens auch Vorteile im Erlernen der Sprache mit sich brächte. "Auch ein freier Internetzugang wäre wichtig, damit die Menschen mit Angehörigen in der Heimat kommunizieren oder sich informieren und lernen können", sagte er. Ein solcher sei zwar angedacht, hätten die Politiker vor Ort erfahren, insgesamt seien Nachfragen jedoch nicht immer befriedigend beantwortet worden, hieß es. Nach Ende aller Besuche planen die beiden Abgeordneten für Juni die Vorstellung einer Dokumentation.

Am Abend trafen sich die Politiker noch mit Vertretern des Flüchtlingsrates, einem Rechtsbeistand und ehrenamtlichen Betreuern.



Pressebericht Online
www.donaukurier.de





Flüchtlingsunterkunft wird saniert

Neue Pläne für Stephansposching und Hengersberg

 Dominik Schweighofer  18.04.2019 | Stand 18.04.2019, 02:24 Uhr

Stephansposching/Hengersberg. Die Außenstelle des Deggendorfer Ankerzentrums für Flüchtlinge im Industriegebiet Plattling-Stephansposching wird sowohl im Innen- als auch im Außenbereich "umfassend ertüchtigt". Das bestätigte die Regierung von



Pressebericht Online
www.plus.pnp.de

VORHER

NACHHER



Schimmel in der Dusche einer Flüchtlingsunterkunft



Nach dem Besuch von Gülseren Demirel wurde renoviert.



Der Aufenthaltsraum mit spärlichem Mobiliar.



Gülseren Demirel ermöglichte eine komfortablere Einrichtung.



ANKER-Zentren, kein Ort für Kinder.



Kein schöner Ort für Kreativität.

5. 3. Mai 2019 | Regensburg



Regensburg Situation der Flüchtlinge hat sich nicht verbessert

Bettina Dostal, 30.03.2019 - 07:00 Uhr



idowa

Hamun Tanin, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel und Anna Toman sprachen über die Situation in bayerischen Ankerzentren. Foto: Dostal

Dawid Getaneh kommt aus Äthiopien und ist seit 18 Monaten in Deutschland. In der Zeit hat er die Ankerzentren in der Zeißstraße und der Bajuwarenstraße kennengelernt. Sein Asylverfahren läuft. Er möchte gerne eine Ausbildung zum Fachangestellten für



Pressebericht Online
www.idowa.de

5. 7. Juni 2019 | Bamberg



Harsche Kritik an Asylpolitik: "Humanität ein Fremdwort"

Vor einem Jahr wurden die Ankerzentren gegründet - 30.07.2019 09:44 Uhr

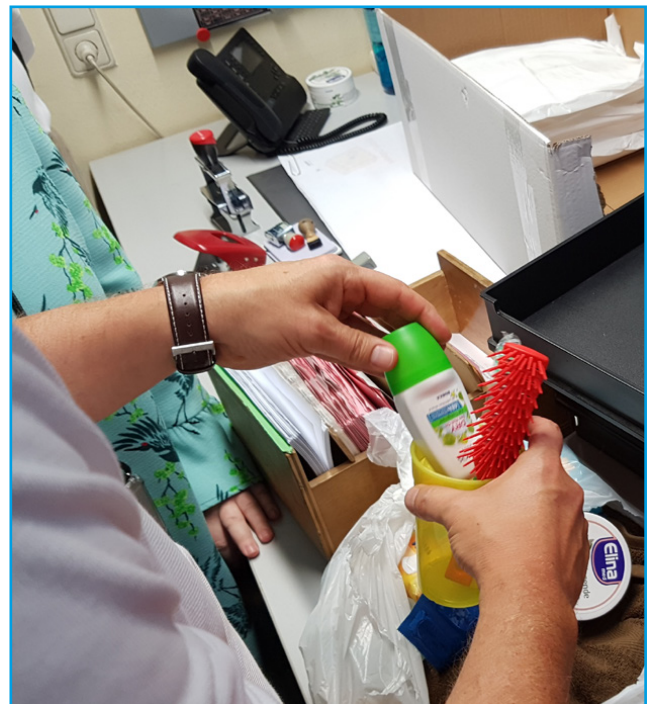
ZIRNDORF - Vor einem Jahr wurden das Landesamt für Rückführung und die Ankerzentren gegründet. Die Staatsregierung sieht einige Erfolge. Gülsüren Demirel, Grünen-Abgeordnete aus München, kritisiert dagegen den Umgang mit den Menschen in den Ankerzentren.



Das Ankerzentrum in Zirndorf: Während die Staatsregierung die Einrichtungen lobt, hagelt es Kritik von der Opposition und von Ehrenamtlichen. Auch Wohlfahrtsverbände sehen Aspekte der Humanität noch zu wenig berücksichtigt. Allerdings gibt es auch Lob für das Engagement der Behörden und Initiativen, gerade in Zirndorf.

© Foto: Thomas Scherer

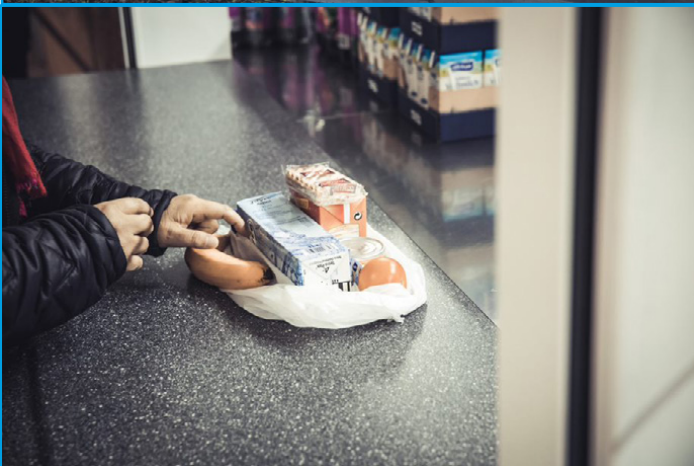
Vor einem Jahr war es der große Aufreger, der sogar CDU und CSU entzweite. Bundesinnenminister Horst Seehofer legte es auf eine Machtprobe mit Kanzlerin Angela Merkel an, als er die Zurückweisung bereits in der EU registrierter Flüchtlinge forderte. Damals war Landtagswahlkampf in Bayern, und interessant ist, dass das Thema Flüchtlinge seither immer mehr in den Hintergrund gerät. Auch, weil Markus Söder und die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die Konflikte der Schwesterparteien nicht mehr öffentlich austragen.



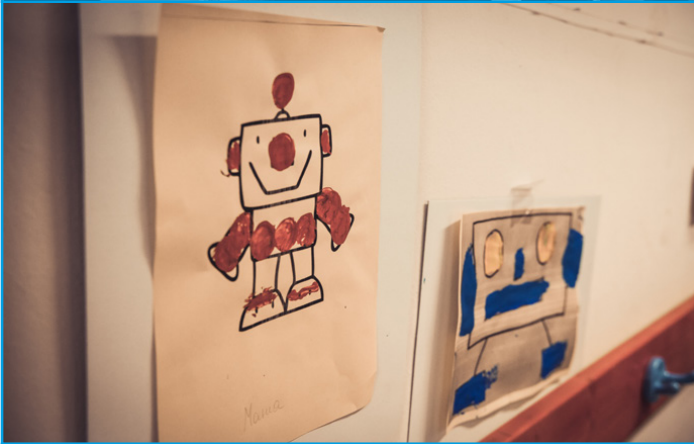
Pressebericht Online
www.nordbayern.de



BILDER















ZUSAMMENFASSUNG

Gülseren Demirel, MdL,
Sprecherin für Integration, Flucht, Asyl und Vertriebene

Zusammenfassung Kontrollbesuche in den bayerischen Ankerzentren:

Defizite von allen Ankerzentren in Bayern mit Beispielen:

- Korrekte Asylverfahren und rechtliche Beratung

- Die Ankerzentren führen nicht zu einer kürzeren Verweildauer (höchstens 6 Monate für Familien, höchstens 18 Monate für Alleinreisende), sondern zu offensichtlichen Falschmeldungen (Bsp.: Einrichtungsleitung gibt an, dass die 6 Monate gehalten werden, die ehrenamtlichen Helfer und sozialen Dienste berichten, dass nicht nur Einzelfälle länger verweilen)
- Die Ankerzentren verleiten sogar zu einer langen Kasernierung von Dublin-Fällen (nach 6 Monaten läuft die Frist für Rückführung im Normalfall ab) oder bereits abgelehnten Bewerbern („Es gibt in keinem Ankerzentrum ein Konzept zum Umgang mit diesen Fällen. Sie wirken wie Menschen, die irgendwo vergessen wurden“)
- Je schneller das Verfahren, umso mehr wird das Recht auf unabhängige juristische Beratung vernachlässigt. („Die Asylsuchenden bekommen nur eine „Verfahrensberatung“. Diese ist aber keine juristische. Dies wird von den Asylsuchenden natürlich so schnell nicht verstanden. Sie wissen dann gar nicht, dass sie sofort eine juristische Beratung anfordern müssten. Es kommen Menschen in Bayern an – keine Akten!)

- Soziale Beratung

- Der Betreuungsschlüssel ist zu niedrig und sogar 1:100 wird nur in Regensburg und Deggendorf erreicht
- Die Betreuung durch die Sozialarbeit wird in nur wenigen Ankerzentren 1:100 betreut. In Bamberg kommen auf 1.200 Geflüchtete 6,5 Stellen und in Manching bei 600 auf 3 Stellen.
- Betreuungszeiten oft nur bis 17:00 Uhr, danach ist nur noch Sicherheitspersonal als Ansprechpartner auf dem Gelände
- Keine Unterstützung für Integrationsmaßnahmen

- zivilgesellschaftlichem Zugang

- Besonders in Manching ist der Zugang für Ehrenamtliche kompliziert und nur in ausgewählten Räumen möglich

- Situation der Kinder

- Keine normale Entwicklung möglich
- Belastet durch fehlende Familienbereiche bei der Hälfte der Einrichtungen (Komplizierte Verfahren, wenn es z.B. um den ehrenamtlichen Bau einer Sandkiste geht und gleichzeitig wird aber oftmals erwartet, dass Kinder und alleinreisende Männer die gleichen sanitären Anlagen benutzen – auch nachts)
- Keine geeigneten Räumlichkeiten für Kinder (offene Kabel, Steckdosen etc.)
- langsamer und begrenzter Zugang zu Bildungsmaßnahmen

-
- kein oder kaum Kontakt nach Außen (Verabredungen oder Einladungen zu Kindergeburtstagen können nicht wahrgenommen werden, Besuche müssen 14 Tage vorher angemeldet werden)
 - Die Beschulung der Kinder in einer der Klassen dauert zu lange und hat nicht genügend Priorität bei der Aufnahme neuer Flüchtlinge
 - Kaum Beschulung in der Regelschule auch bei anerkannten Flüchtlingen (Aufbau Defiziten in der Bildung)

- Situation der Sicherheitsdienste/Qualifikation

- Beliebige Strafen, Aggressivität und wenig weibliches Personal, fehlende Deeskalationsstrategien
- Sicherheitspersonal teils ohne Namens- oder Dienstnummerkennzeichnung – keine Nachverfolgung möglich
- Keine Transparenz bei dem Umgang der Security-Leute mit den Flüchtlingen (Berichte über inoffizielle Strafen – kein Zugang zum Essen – bis hin zu Schlägen)
- Intransparente Zuständigkeiten (in FFB kontrolliert die Security das Putzen der Waschräume)
- Übergriffe bis hin zur Taschenkontrolle am Eingang (Ist es deren Aufgabe aus der Tasche eine Mayonnaise zu konfiszieren?)

- Alltagsbewältigung

- Die Isolation der Ankerzentren und die fehlende Transparenz über den Umgang mit Flüchtlingen schlägt sich selbst auf den motiviertesten Neuankömmling nieder (in jedem Ankerzentrum wurde ich als Besucherin umringt. Hände streckten sich mir entgegen. Ich wurde um Hilfe angebettelt. „Help me. Please“ Verzweifelte Menschen kamen da auf mich zu mit offensichtlichen Informationsbedarf und mit der Hoffnung, wenigstens ich Ihnen helfen kann.)
- Jeden Tag aufs Warten verdammt – sie verlernen, sich selbständig zu bewegen, damit sie es leichter ertragen können. Eigeninitiative wird unterdrückt, bis die Menschen dort müde sind (Sie dürfen sich nicht selbständig verpflegen. In vielen Ankereinrichtungen dürfen die Küchen nur für die Zubereitung von Mahlzeiten für Babies genutzt werden. Kein Snack, keine schnellen Nudeln oder mal eine Suppe sind möglich)
- Wenig Möglichkeiten sich zu Beschäftigen und überhaupt etwas zu machen (triste Räume, wenig Geräte, Material – noch nicht einmal Zugang zum W-LAN)
- Das Angebot der 80ct Jobs ist ein Lichtblick, aber wird nicht standardmäßig eingerichtet. Vor allem die Bereiche in welchen solche Jobs angeboten werden unterscheiden sich stark.
- Die Versorgung der Geflüchteten mit Kleidung und Aufklärung über Wetter muss transparent geregelt sein (zu viele Leute liefen im Winter in Flip-Flops rum und ohne Winterjacke)
- Hohe Kosten für Versorgung durch Kantinen und Beharren auf Sachleistungsprinzip (in Schweinfurt gibt es morgens und abends sogar nur Lunchpakete „jeden Abend das gleiche Fruchtsaftgetränk mit Strohalm, Brot und abgepackten Aufstrichen“)

- Gewaltschutz

- Fehlende extra Bereiche für Personen mit besonderem Schutzbedarf (alleinreisende Frauen, Familien, LGBTQ, stark traumatisierte Flüchtlinge)
- Fehlende psychosoziale Betreuung und Beratung bis hin zur besonderen medizinischen Versorgung bei z.B. Genitalverstümmelung oder sexueller Gewalt
- Kein Schutz vor Prostitution

Es fehlen einheitliche Standards in den Kernbereichen:

- Betreuungsschlüssel für die Sozialarbeit

-
- Kinderbetreuung und Bildungsangeboten plus Übergänge ins Regelschulsystem
 - Zugang zu Kochstellen außerhalb der Kantinenöffnungszeiten
 - Schutzbereiche für alleinreisende Frauen/Familien und andere besonders Schutzbedürftige (fehlt komplett in Deggendorf)
 - Tagesstruktur (Fahrradwerkstatt, Kurse, Spielzimmer)
 - Unterstützung bei der Ausstattung mit Kleidung (Gutscheinsystem fehlt in Manching)
 - Abschließen der Räume (in Donauwörth und Deggendorf möglich, in Oberbayern nicht)
 - Zugangsmöglichkeiten für Helfer und Freunde z.B. von Kindern
 - Medizinische Versorgung und psychosoziale Betreuung (nur einmal pro Monat in Manching,
 - Unterbringungsqualität (heruntergekommene Gebäude, Container)
 - Rückkehrberatung
 - Austauschmöglichkeiten der Dienste, HelferInnen und Regierung über runde Tische wie z.B. in Bamberg
 - Kein Zugang zu unabhängiger Rechts- und Verfahrensberatung

Persönlicher Eindruck Gülseren Demirel:

„Die Besuche sind zermürbend. Nach jedem Ankerzentrumsbesuch begleiten mich noch lange die Bilder der hilflosen Menschen. Die dort gezwungen sind auszuharren. Die mich umringten. Mir Dokumente hinhielten. Die mir ihre Kinder zeigten. Die immer wieder „Please - help me“ sagten. Die Zeit reichte nicht, um mir jede ihrer Geschichten anzuhören. Dabei wären sie es wert gewesen. Und vielleicht auch lösbar. Wie bei dem Mann in Regensburg, der einfach krankheitsbedingt nur kleine Mahlzeiten über den Tag verteilt verträgt. Er bat darum, sich die Mahlzeit der Kantine später noch im Zimmer aufteilen zu dürfen. Die Menschen in den Ankerzentren brauchen dringend Hilfe. Und vor allem die Abschaffung der Ankerzentren.“

Defizite von jedem Standort:

Schweinfurt:

- Todesfall und laut Aktenlage Suizid eines Somaliers zu Beginn des Jahres in der Polizeizelle wurde nicht aufgearbeitet
- Projekt zur seelischen Gesundheit offenbart die psychischen Schwierigkeiten der Geflüchteten, dokumentiert wie groß die Suizid-Gefahr bei Flüchtlingen ist und bietet Beratung an (das Projekt wird 1 Jahr weiterfinanziert)

Manching:

- Keine Kinderbetreuung
- Bauwürdige Wohnräume
- Keine Priorität beim Beheben der Schäden/Mängel durch das Bauamt (alles andere hat Vorrang)
- Schädliche Aufenthaltsräume
- Schlechte gesundheitliche Versorgung (kein Gesundheitsbereich)
- Nur sporadischer Zugang für ehrenamtliche in bestimmte Räumlichkeiten
- Fehlende Transparenz über die Zustände (selbst die MdL bekam nur einen begrenzten Einblick)
- Keine verschließbaren Waschräume und Zimmer

Donauwörth:

- Keine Psychosoziale Betreuung
- Die Klassen 1-4 und 5-9 werden zusammen unterrichtet, dadurch extreme Alters- und Leistungsunterschiede in den Klassen

Regensburg:

- Baulich schlechter Zustand von einem Teil der Gebäude, vor allem bei der Kaserne
- Ungleiche Ausstattung der Gebäude und ungleicher Zugang zu Hilfs- und Beratungsangeboten (innerhalb der Trakte gibt es Unterschiede, die immer wieder Unruhen provozieren)
- Berichte über Strafen vom Sicherheitspersonal

Deggendorf:

- Viele Flüchtlinge müssen schon über 2 Jahre in der Einrichtung leben
- Die Gebäude sind teilweise sehr verfallen
- Die Unterbringung erfolgt teilweise in sehr problematischen Containern. Die Geflüchteten können sich gerade im Sommer dort wegen der Hitze kaum aufhalten. Die Nutzung der Freiflächen führt zur Lärmbelästigung bei den Anwohnern und Polizeieinsätzen wegen Ruhestörung
- Es gibt keine Schutzhäuser für besonders Schutzbedürftige oder gezielt differenzierte Unterbringungsmöglichkeiten (die drei Dependancen sollen dafür ausgebaut werden)
- Viele negative Berichte über Stephansposching und einer verzweifelten Stimmung unter den Geflüchteten dort – keine psychologische Hilfe für alleinreisenden Männern, die sich dort ballen.
- Die Kinderbetreuung ist sehr kurz
- Es gibt einen Facharztmangel bzw. ist Vermittlung an Fachärzte außerhalb der Einrichtung zu selten

Bamberg:

- Zu wenig Plätze in der Kinderbetreuung (nur 12 Plätze und 20 Stunden bei 100 schulpflichtigen Kindern)

PRESSEPAPIER

Menschen würdig aufnehmen Landtags-Grüne ziehen nach Tour durch Bayerns ANKER-Zentren Bilanz

ANKER-Einrichtungen sind Massenunterkünfte für Asylsuchende, die Erstaufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft und Abschiebezentrums vereinen. Dieses Konzept ist aus Sicht der Landtags-Grünen bereits ein Jahr nach seiner Einführung im August 2018 komplett gescheitert.

Viele der Geflüchteten sind durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg schwer traumatisiert. Diese Menschen werden in Massenunterkünften enorm psychisch belastet, erleiden zum Teil schwerwiegende Retraumatisierungen und erleben die Verfestigung vorhandener psychischer Leiden. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Frauen und Kinder, Opfer von Frauen- bzw. Menschenhandel, Menschen mit Behinderung, schwer traumatisierte Personen und Schwule, Lesben und Transgender (LGBTI) sind massiven Diskriminierungen und Gefahren ausgesetzt. Sie erleben soziale Ächtung, sexuelle Belästigungen und Gewalt bzw. Androhung von Gewalt durch Sicherheitsdienste, aber auch durch Mitbewohnerinnen und Mitbewohner.

Diskriminierung und Gewalt sind ein spezifisches Problem in Massenunterkünften. Je größer die Einrichtung ist, desto häufiger kommt es zu gewalttätigen Übergriffen. ANKER-Einrichtungen zeichnen sich aus durch

- Anonymität,
- mangelnde Privat- und Intimsphäre,
- fehlende Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten,
- keine abschließbaren Sanitär- und Schlafräume,
- gemeinsame Nutzung von Zimmern mit Fremden.

Dazu kommen ein hoher Geräuschpegel, der Mangel an Tagesstruktur und Beschäftigung, die Kasernierung und Isolation von der Gesellschaft „draußen“, eingeschränkte Rechte und die kontinuierliche Kontrolle der Privaträume. So entstehen Aggression und Stress durch den schrittweisen Verlust von Würde und Autonomie und in der Folge eine totale Perspektivlosigkeit.

Durch Überwachung, massive Kontrollen, Besuchsverbote und Stacheldrahtzäune werden Geflüchtete kriminalisiert. Die Abschottung hat zur Folge, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern der wichtige Kontakt zur Bevölkerung und zur Unterstützerszene versperrt bleibt. Damit will die Söder-Regierung offensichtlich Integration von vorneherein bekämpfen. Sie versucht, Proteste der Bevölkerung gegen die Behandlung/Unterbringung der Asylsuchenden und gegen Abschiebungen von proaktiv zu unterbinden. Das Konzept der ANKER-Einrichtungen zielt unverhohlen auf Abschreckung, Isolierung und Kriminalisierung von Geflüchteten.

Wir Landtags-Grünen fordern eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, faire Verfahren, Stärkung der Potenziale und Integration und Teilhabe von Anfang an. Die Asylsuchenden müssen von Beginn an in ihrer Autonomie gestärkt werden, ihr Leben in der Aufnahmegesellschaft selbst zu gestalten.

Dazu ist der Kontakt zur Bevölkerung, zur Unterstützerszene und zu den vorhandenen Beratungsstellen unabdingbar.

Grüne Forderungen für eine menschenwürdige Aufnahme:

1. Beschleunigte und faire Asylverfahren durch Rechtsbeistand vom ersten Tag an

Sofort nach der Registrierung erhält jeder Asylsuchende einen Rechtsbeistand, um das Verfahren fairer und effizienter zu gestalten und zu beschleunigen. Die Schweiz hat damit nachweislich sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Verfahrensberatung durch das BAMF ist nicht ausreichend.

2. Begrenzung des Aufenthalts in der Aufnahmeeinrichtung auf 3 Monate

Nach ihrer Ankunft werden die Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen für maximal 300 Personen und mit abschließbaren Wohneinheiten für höchstens drei Monate untergebracht (vgl. dazu § 44 AsylG: mind. 6 Wochen, höchstens 6 Monate). In den Erstaufnahmeeinrichtungen finden Sozialberatung, Rechtsberatung, Erstorientierungskurse sowie Sprachkurse statt. Der Personalschlüssel für die Sozialberatung beträgt 1:50. Kochgelegenheiten, Spielräume und -plätze für Kinder, Aufenthaltsräume mit W-LAN sind zu stellen. Ehrenamtliche und Besucherinnen und Besucher haben Zugang zu den Erstaufnahmeeinrichtungen.

3. Besonders schutzbedürftige Gruppen

Nach der Registrierung werden die Asylsuchenden einem systemischen Screening unterzogen, um besonders schutzbedürftige Gruppen nach Art. 21 der EU-Aufnahmerichtlinie zu identifizieren. Wir zählen auch LGBTI zu den besonders schutzbedürftigen Gruppen. Sie müssen entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen untergebracht werden, ggf. in gesonderten Schutzeinrichtungen bzw. -häuser

4. Gewaltschutz in den Erstaufnahmeeinrichtungen verankern

In den Erstaufnahmeeinrichtungen werden Stellen für Gewaltschutzkoordinatorinnen und -koordinatoren zur Prävention und Verhinderung von Gewalt bzw. Gewaltandrohung geschaffen. Dies betrifft nicht nur Maßnahmen im Fall von Gewalt bzw. Gewaltandrohung gegen Frauen, sondern bezieht sich auch auf Menschen mit Behinderung und LGBTI sowie interkulturelle Konflikte. Das Gewaltschutzkonzept der Söder-Regierung greift hier zu kurz. Prävention und Verhinderung von Gewalt reduzieren die Polizeieinsätze, die viele Geflüchtete als beängstigend und traumatisierend wahrnehmen. Interkulturelle Mediation kann Gewalt zusätzlich eindämmen.

5. Dezentrale Unterbringung in abgeschlossenen Wohneinheiten auf kommunaler Ebene

Die Kommunen stellen überschaubare dezentrale Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten und guter Verkehrsanbindung/Infrastruktur zur Verfügung. Von einer Mehrfachbelegung in einem Zimmer mit Fremden ist abzusehen. Jede Wohneinheit verfügt über eine Kochgelegenheit. Containerunterkünfte lehnen wir ab. Jede Unterkunft verfügt zudem über eine Sozialberatung. Mit der dezentralen Unterbringung fällt der enorme Sicherheitsaufwand – Sicherheitsdienste, Eingangskontrollen, Kontrollen der Privaträume und Stacheldrahtzäune – weg. Damit wird zudem das Gewalt- und Konfliktpotenzial in den Unterkünften erheblich reduziert. Dies fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung.

6. Aufhebung des Sachleistungsprinzips in allen Unterkünften

Das Sachleistungsprinzip in den Unterkünften ist aufzuheben. Das Sachleistungsprinzip entmündigt die Betroffenen und verhindert eine autonome und freie Lebens- und Alltagsgestaltung sowie Teilhabe an der Gesellschaft. Selbstversorgung betrifft auch die Gestaltung von sozialen Beziehungen und dient der Integration. Dem widerspricht die rigide Anwendung des Sachleistungsprinzips. Die Leistungen für Essen

und Kleidung sind bar auszuführen, von Vollverpflegung in den Unterkünften ist abzusehen, damit die Leistungsempfänger ihren Alltag selbst und ihren Anliegen entsprechend gestalten können.

7. Schulpflicht für Kinder durch Besuch der Regelschule erfüllen

In Bayern besteht für alle Kinder Schulpflicht – auch für Kinder von Asylsuchenden. Die Schule dient nicht nur der Entwicklung des Kindes, sondern ist auch ein Ort der Integration und Teilhabe, auch für die Eltern. Die Beschulung in den ANKER-Einrichtungen ist nicht nur rudimentär, sondern verhindert die gesunde Entwicklung und die soziale Teilhabe des Kindes mit gleichaltrigen deutschen Kindern. Deshalb fordern wir den Schulbesuch in den Regelschulen vor Ort von Anfang an.

Die nächsten Schritte

Am 26. September 2019 findet eine Expertenanhörung des Verfassungsausschusses zum Thema ANKER-Einrichtungen in Bayern statt. Wir werden nach dieser Anhörung ein Antragspaket einbringen und die Söder-Regierung auffordern, zu einer humanen Flüchtlingspolitik zurückzukehren.

DRINGLICHKEITSANTRAG 1

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was in Schwaben gut ist, passt auch für den Rest Bayerns – ANKER-Einrichtungen auflösen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die ANKER-Einrichtungen in Bayern aufzulösen und zu einer humanen Flüchtlingspolitik zurückzukehren.

Stattdessen sollen,

- Asylbewerberinnen und Asylbewerber in dezentralen Unterkünften untergebracht werden;
- große zentrale Gemeinschaftsunterkünfte vermieden werden, da diese viele Probleme verursachen, Integration erschweren und auch den Anwohnerinnen und Anwohnern weniger gut vermittelbar sind;
- Ehrenamtliche und Integrationslotsen in alle bayerischen Landkreise, in denen die Asylbewerberinnen und Asylbewerber untergebracht sind, flächendeckend eingebunden werden;
- Kinder und Jugendliche die staatlichen Schulen außerhalb der Unterkünfte besuchen.

Begründung:

Die Regierung von Schwaben hat am 26.06.2019 verkündet, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach der Schließung der zentralen Unterbringungseinrichtung in Donauwörth Ende 2019 künftig auf kleine Flüchtlingsheime im ganzen Bezirk verteilt werden sollen. Die ANKER-Einrichtungen in ihrer Konzeption als Massenunterkünfte und in der Kombination von Erstaufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft und Abschiebezentrum haben sich nicht bewährt. Das eigentliche Ziel, nämlich beschleunigte Verfahren und kürzerer Aufenthalt, wird nicht erreicht.

Zudem werden dezentrale Unterkünfte von den Bewohnerinnen und Bewohnern inner- und außerhalb der Unterkünfte akzeptiert.

Die Entscheidung gegen eine zentrale ANKER-Einrichtung in Schwaben muss Blaupause für alle bayerischen Regierungsbezirke sein.

Die längerfristige Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften – vor allem solchen mit einem ausgeprägten kasernenartigen Charakter – wirkt sich negativ auf die körperliche und seelische Situation der Betroffenen aus. Einer möglichst raschen dezentralen Unterbringung in kleinen, abgeschlossenen Wohneinheiten ist deshalb der Vorzug zu geben. Nicht zuletzt fördert die dezentrale Unterbringung unterstützende Reaktionen in der örtlichen Bevölkerung. Auch bei dieser Unterbringungsform müssen

Konzepte einer sozialen Begleitung greifen, um asylsuchende Menschen nicht sich selbst zu überlassen und ihre Erreichbarkeit für Unterstützungsmaßnahmen zu gewährleisten. Städte, Gemeinden und Landkreise sollten bei der Erstellung von Konzepten einer dezentralen und begleiteten Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt werden, beispielsweise indem der interkommunale Austausch hierzu aktiviert und gefördert wird.